

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4598. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4596

**Inseratenpreise:** Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 2.50 Mk., bei Platzvorschrift 3.— Mk.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 2.— Mk. Reklame-Kolonelle 10.— Mk. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Annahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

## Die Antwortnote der Alliierten.

Berlin, 30. Oktober. (WTB.) Der deutsche Botschafter in Paris hat auf die Note der deutschen Regierung vom 27. Oktober folgende Antwortnote erhalten:

Eure Exzellenz haben durch Ihre Note vom 27. Oktober d. J. mir mitgeteilt, daß die deutsche Regierung gemäß der von den Alliierten Mächten am 20. Oktober 21 getroffenen Entscheidung über die Freisetzung der Grenze zwischen Deutschland und Polen in Oberschlesien die in dieser Entscheidung vorgesehenen Bedingungen, deren Namen ohne Verzug mitgeteilt werden müssen, bezeichnet wird.

Ich habe die Ehre Ihnen zur Kenntnis zu bringen, daß die Alliierten Mächte von dieser Mitteilung Kenntnis genommen haben, aber sie können nicht zugeben, daß die von Ihnen auf Grund des Artikels 88 des Vertrags von Versailles getroffene Entscheidung irgendwie eine Verletzung dieses Vertrags darstellt.

Infolgedessen betrachten sie den Protest der deutschen Regierung als unbegründet, null und nichtig. Sie wollen von der Mitteilung, die Ihnen von Ihrer Exzellenz gemacht worden ist, nur die bedingungslose und vorbehaltlose Erklärung der deutschen Regierung zurück behalten, daß sie sich allen Anordnungen der Entscheidung vom 20. Oktober mit den sich daraus ergebenden Folgen fügen wird, wie sie der Friedensvertrag Deutschland auferlegt.

## Durchführung aller Bestimmungen bis zum 31. Dezember.

Paris, 30. Oktober. Aus Regierungskreisen verlautet, daß der Botschafter auf die Frist zur Durchführung aller in der oberstschlesischen Entscheidung enthaltenen Bestimmungen bis zum 31. Dezember d. J. festsetzen wird, und zwar unter Aufrechterhaltung der interalliierten Besetzung bis zu diesem Zeitpunkt.

## Der Kappistenhandal wird immer größer.

Wie frech die Kappisten, gegen die Steckbriefe erlassen sind aufzutreten, das Reichsgericht und die gesamte Öffentlichkeit verhöhnen, zeigt das Schreiben, das der Verbrecher Ehrhardt angeblich von Innsbruck aus an Orgeschblätter geschickt hat, das diese mit schmungelndem Behagen abdrucken; es lautet im Auszug:

„Die durch die Presse gegangene Nachricht, daß ich mich gegen freies Geleit und Anweisung eines unter Polizeiaufsicht stehenden Aufenthaltsortes dem Reichsgericht in Leipzig zu stellen gedenke ist falsch. Ich habe im Jahre 1920 — den genauen Termin weiß ich nicht mehr — durch meinen Rechtsanwalt Dr. Grünspach-Berlin in Leipzig anfragen lassen, ob gegen Zusicherung freien Hin- und Rückgeleites meine dortige Vernehmung erwünscht sei. Die Antwort war ablehnend und die Angelegenheit für mich damit erledigt. Ich habe selber in keiner Form mehr einen Schritt in gleicher Richtung unternommen. Die Gründe, aus denen ich schließlich auf meine längst veraltete und überholte Anfrage zurückgegriffen wird, sind mir nicht bekannt. Sie können höchstens in dem Wunsche erblickt werden, für die Verhaftung des Jagow-Prozesses einen unverfänglichen Vorwand zu schaffen.“

Nach der Ermordung Czabergers ist nun der Steckbrief gegen mich vom Oberreichsanwalt erneuert worden, vermutlich weil man mich irgendwie mit dieser Sache in Verbindung wählte. Außerdem hat sich gleichzeitig die „Reichsregierung“ — nicht der Oberreichsanwalt — gemüßigt gesehen, auf die Ergreifung der Kappleute eine Geldprämie auszusprechen. Die Reichsregierung stellt mich damit also auf eine Stufe mit Raubmördern, Bankräubern und andern Verbrechern, und ich ziehe daraus den Schluß, daß sie mich, falls ich mich stelle, in gleicher Weise behandeln würde.

Schon allein mit Rücksicht auf diese ungeheuerliche Auslegung eines Koppreises denke ich nicht daran, mich zu stellen, und werde mich jedem Versuche, meiner auf andre Weise habhaft zu werden, mit den mir zu Gebote stehenden Mitteln widersetzen.

Hinzu kommt, daß auch das gebrochene Amnestieverprechen des Herrn Reichsjustizministers Schiffer, durch das die Verurteilung des Kapp-Unternehmens erkaufte wurde, sowie die parteiischen, mit zweierlei Maß messenden Urteilsprüche des nach den Kapp-Verurteilungen eingesetzten Untersuchungsausschusses, der meine Vernehmung kategorisch ablehnte, nicht dazu beitragen können, mich an eine für mich bestehende Rechtsicherheit glauben zu lassen.“

Der Kappist droht dann dem Bürger mit, er werde sich nicht zur Verfügung stellen, wenn er eines Tages gebraucht werde. Durch den Schriftwechsel wird auch bekannt, daß das Selbstverweigerungsangebot ein halbes Jahr zurückliegt, während der Oberreichsanwalt es so darstellte, als ob es erst in jüngster Zeit erfolgt sei. Es bestätigt sich ferner, daß das Reichsgericht den Kapp-Verbrecher Schiele gegen 100 000 Mark Kaution auf freien Fuß gesetzt hat.

Man sieht, Gericht und Kapp-Verbrecher arbeiten einträchtiglich daran, die Justiz noch mehr zu verhöhnen und unmöglich zu machen, als es bisher der Fall war.

## Anerkennung der russischen Auslandsschulden durch die Sowjetregierung.

London, 31. Oktober. Die Sowjetregierung hat der britischen Regierung am 28. Oktober eine Note überreicht, in der unter Bezugnahme darauf, daß die Brüsseler Konferenz die Gewährung von Krediten zur Milderung der russischen Hungersnot von der Anerkennung der Schulden der vormaligen russischen Regierungen abhängig gemacht hat, erklärt wird, die Sowjetregierung habe angesichts der verhungerten Massen Russlands beschlossen, die zaristischen Schulden vor dem Jahre 1914 anzuerkennen unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß besondere Bedingungen und Erleichterungen gewährt würden, die von der Bewirkung dieses Versprechens möglich machen. In der Sowjetnote heißt es weiter, absolute Bedingung für diese Anerkennung sei, daß die Großmächte sich verpflichten, jeder Aktion, die die Sicherheit der Sowjetrepublik und der Republik des Fernen Ostens bedrohen, ein Ende zu bereiten. Die Sowjetregierung könne ihr Versprechen nur erfüllen, wenn die Großmächte mit ihr einen endgültigen Frieden abschließen, und wenn die Sowjetregierung von den andern Mächten anerkannt werde. Zu diesem Zweck schlägt die Sowjetregierung vor, schleunigst eine internationale Konferenz einzuberufen, die sich mit dieser Frage befassen, die Forderungen beider Seiten prüfen und einen endgültigen Friedensvertrag ausarbeiten solle. Nur eine Konferenz dieser Art könne einen allgemeinen Frieden herbeiführen.

Der politische Berichterstatler des Daily Chronicle weist darauf hin, daß die russischen Vorkriegsschulden auf 700 Millionen Pfund Sterling bis 1104 Millionen Pfund Sterling geschätzt worden sind, während die gesamten russischen Staatsschulden am 1. Januar 1917 auf 3358 Millionen Pfund Sterling geschätzt wurden. Die russischen Vorkriegsschulden, zu deren Bezahlung sich die Bolschewisten bereit erklären, betragen demnach noch nicht den dritten Teil der russischen Gesamtverpflichtungen. Daily Chronicle schreibt in einem Leitartikel, die von der Sowjetregierung vorgeschlagene internationale Konferenz müsse sobald als irgend möglich abgehalten werden. Wenn diese Konferenz erfolgreich sei, so könne sie sich als Wendepunkt in der Verlichtigung und Wiederherstellung erweisen.

Paris, 1. November. (TL.) Das Angebot der Sowjetregierung, die russischen Kriegsschulden anzuerkennen, sobald die Sowjetregierung von den Großmächten anerkannt worden ist, wird von der Presse übereinstimmend abgelehnt. Zudem bestehen Zweifel, daß dieses Angebot ernst gemeint ist. Die meisten Zeitungen erklären, die Note Tschitschewins an die alliierten Regierungen sei lediglich ein neuer Propagandaveruch.

Berlin, 1. November. (Eigene Drahtmeldung.) Der Temps schreibt zu der Note der russischen Sowjetregierung an England, Frankreich sei bis jetzt nicht vor die Frage gestellt worden, was es von dieser Mitteilung halte. Nach der Auffassung des Temps sei die Anerkennung der russischen Staatsschulden aber auf jeden Fall wertlos, solange sie nicht von einem Finanzprogramm begleitet sei, das die Aufbringung der für den Schuldendienst erforderlichen Summen garantiere. Frankreich könne die bolschewistische Regierung unmöglich anerkennen, solange sie dem russischen Volk nicht die Möglichkeit gebe, die Männer, von denen es regiert sein will, in voller staatsbürgerlicher Freiheit zu wählen.

## Kadeh zur russischen Note.

Berlin, 1. November. (Eigene Drahtmeldung.) In der Prawda vom 29. Oktober schreibt Kadeh nach einem Telegramm der Roten Fraktion zur Regierungsdeklaration über die Anerkennung der zaristischen Schulden: Alle konterrevolutionären Ueberfälle haben Russland nicht belegen können, haben aber die russische Volkswirtschaft zerrüttet, zerstört. Die Sowjetregierung ist nicht imstande, die Volkswirtschaft mit eigenen Mitteln rasch in Gang zu bringen. Die internationale Arbeiterklasse kann uns noch keine Maschinen liefern, denn die Produktionsmittel befinden sich in den Händen des Kapitals. Das hat die Sowjetregierung erkannt, und seit den Brester Verhandlungen hat sie den kapitalistischen Regierungen stets Vereinbarung angeboten. England hat schon im März eingesehen, daß seine Kräfte nicht ausreichen, die Sowjetregierung zu zerschlagen, und schloß einen Handelsvertrag ab. Die Note Briand's, in der er die englische Regierung aufzufordert hat, die Frage der zaristischen Schulden als Vorbedingung zu Friedensverhandlungen aufzuwerfen, zeigt, daß die französische Regierung nach ihrer Niederlage in Polen und in der Arim den gleichen Weg beschreiten will. Um die hungernden Massen vom Tode zu retten, um die Wiederherstellung der zerstörten russischen Volkswirtschaft zu beschleunigen, nimmt die Sowjetregierung die Verpflichtung auf sich, die Vorkriegsschulden zu zahlen. Doch nach wie vor erklärt die Sowjetregierung, daß kein Volk verpflichtet ist, den Preis seiner Ketten zu bezahlen. Doch wir werden erst zahlen, wenn mit Hilfe einer Anleihe der Handel mit der kapitalistischen Welt aufgenommen, die Industrie und Landwirtschaft hergestellt sind und jedenfalls nicht eher, als die Sowjetregierung von der Entente anerkannt worden ist, denn ohne diese Anerkennung hätte die Verpflichtung der Schuldenzahlung keinerlei internationalen Wert.

## Verhaftungen wegen des Mientals auf Auer.

München, 31. Oktober. (TL.) Im Laufe des gestrigen Sonntags wurden in München fünf Personen im Zusammenhange mit dem nächtlichen Anschlag auf den Abg. Auer verhaftet.

## Der Kartoffelwucher geht weiter.

Die längst unhaltbar gewordenen, geradezu landläufigen Zustände auf dem Kartoffelmarkt bestehen weiter. In verschiedenen Gegenden ist sogar eine weitere Verschlechterung eingetreten. Die Großhandelspreise bewegten sich in der vorletzten Oktoberwoche zwischen 1500 bis 1800 Mk. für die Tonne Kartoffeln. Der Preis betrug also 75 bis 90 Mk. für den Zentner, d. h. er war etwa 37mal so hoch wie im Jahre 1913. Dementsprechend sind auch die Kleinhandelspreise weiter gestiegen. In Leipzig werden 85 Pfg. in Hamburg 95 Pfg., in rheinischen Städten sogar 1.20 bis 1.35 Mk. für das Pfund Kartoffeln verlangt. Daß diese wahnwitzig hohen Kartoffelpreise weder durch eine Missernte, noch durch entsprechend hohe Produktionskosten gerechtfertigt werden, haben wir bereits in unserm Artikel in der Nummer 251 unseres Blattes betont. Nach der Schätzung gewissenhafter Sachverständiger beträgt die Durchschnittsernte in diesem Jahre etwa 80 Prozent der Durchschnittsernte der letzten drei Jahre, also 25 bis 26 Millionen Tonnen, während zur Versorgung der Bevölkerung mit Speisekartoffeln nur etwa 7½ bis 8 Millionen Tonnen gebraucht werden. Der Bedarf könnte also mit Leichtigkeit gedeckt werden.

Aber auch die Produktionskosten für die Kartoffeln sind gegenüber dem Vorjahre, wo der Erzeugerhöchstpreis bekanntlich auf 30 Mk. gesetzt war, nicht so gewaltig gestiegen, daß die Forderungen der Erzeuger von 70 bis 80 Mk. für den Zentner Kartoffeln gerechtfertigt erscheinen könnten. Im Reichslandbund, dem Organ des agrarischen Landbundes, wird zwar behauptet, daß nach den Feststellungen der Indext Kommission über die Erzeugerkosten der Kartoffelerzeugerpreis 67.20 Mk. für den Zentner betragen müßte. Dieser Berechnung stehen aber andre, von Landwirten selbst aufgestellte gegenüber, die ein ganz andres Bild ergeben. So wurde im Februar 1921 in der deutschen landwirtschaftlichen Presse von einem Landwirt berechnet, daß sich unter Berücksichtigung aller Aufwendungen für Saatkartoffeln, Düngung, Arbeitskräfte, Gespannkosten, Verwaltungskosten und Wirtschaftskosten, Steuern, Versicherungen und Zinsen die Gesamtproduktionskosten für einen Zentner Kartoffeln auf einem größeren Gute Westfalens auf 14.76 Mark stellten. Wenn man nun auch berücksichtigt, daß seitdem eine weitere Geldentwertung eingetreten ist, daß ferner die Kosten nach Lage und Größe der Güter schwanken, so darf man doch annehmen, daß auch bei den kleineren Landwirten die Produktionskosten nicht mehr als höchstens 25 Mk. für den Zentner betragen. Diese Annahme wird gestützt durch eine Mitteilung der Rügenischen Zeitung, wonach ein Pächter erklärte, mit einem Preis von 28 Mk. für den Zentner Kartoffeln gut auszukommen.

Freilich ist die Zahl der landwirtschaftlichen Produzenten, die so ehrlich sind, außerordentlich klein. Ausgerüstet mit der bewunderten Dreifachheit, die die ostelbischen Junker seit jeher auszeichnete, behauptet ein weitpreussischer Agrarier in dem Zentralorgan der agrarischen Wucherer, der Deutschen Tageszeitung, daß die „furchtbaren“ Erzeugerpreise von 60 bis 70 Mk. bei ihm „nachweislich“ noch nicht einmal die Düngekosten (!) deckten. Mit derartigen Mitteln arbeiten die verantwortlichen Leiter der landwirtschaftlichen Produzenten, die angeblich alles aufbieten, um die Landwirte zur Erfüllung ihrer Pflichten gegenüber der Allgemeinheit anzuhaken. Ist es da ein Wunder, wenn die Kartoffelproduzenten die Kartoffeln zurückhalten, in der Hoffnung, in einigen Wochen oder Monaten noch viel höhere Preise herauszuschlagen? Den durch die Zurückhaltung der Kartoffeln künstlich herbeigeführten Kartoffelmangel benutzen die Agrarier dann, um von der Regierung Liebesgaben durch Verbilligung des Transportes, der Düngemittel, der Futtermittel usw. zu erpressen. Die Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg hat ein ganzes Programm für vom Reich zu fordernde Liebesgaben aufgestellt. Neben Frachtmäßigungen, erhöhter Einfuhr von Aufstellern durch das Reich, verstärkte Zulassung des Maisbrandes usw. verlangen darin die Agrarier sogar, daß das Reich glattweg die durch die Balutaverhältnisse eingetretene Steigerung der Maispreise tragen soll. Auf der einen Seite fordern sie für ihre Produkte Weltmarktpreise, auf der andern aber verlangen sie, daß ihnen das Reich Futtermittel zu weit unter den Weltmarktpreisen stehenden Preisen liefern soll. In der Deutschen Tageszeitung schreibt ein brandenburgischer Landwirt, daß er beabsichtigt habe, drei bis vier Waggons Kartoffeln zu versenden. Weil es ihm aber nicht möglich sei, einen Wagon an einem Tage zu laden und die Bahnverwaltung für die gestellten Waggons zu hohe Standgebühren verlange werde er die Kartoffeln nicht in die Stadt schicken. Er schreibt wörtlich: „Ich werde unter allen Umständen darauf verzichten und die Kartoffeln meiner Schweinemästerei zuführen, für welche ich gerade einen Wagon Mais bestellt habe. Da man etwa den Futtermehl von 3 Zentnern Kartoffeln gleich 1 Zentner Mais rechnet, so muß das für mich sehr viel weniger Arbeit und auch weniger Kosten auch kann ich meine zwei Gespanne andre nötige Arbeit tun lassen. So wie mir wird es vielen gehen.“ Ganz in demselben Sinn schreibt der Reichslandbund: „Bei Preisen, wie sie jetzt für Futter